

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 22

Artikel: Der Angriff der neoliberalen Ordnungspolitik : Bemerkungen zu neuen Programmschriften für die schweizerische Wirtschaftspolitik von Leutwiler, Schmidheiny, Borner et al.
Autor: Schäppi, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652631>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- Hannah Arendt. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1962.
- Walter Benjamin. Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1965.
- Paul Eluard – Pablo Picasso. Das Antlitz des Friedens. Insel Verlag, Frankfurt a.M. 1988.
- Regina Kägi-Fuchsmann. Das gute Herz allein genügt nicht. Verlag Ex Libris, Zürich 1968.
- Rosa Luxemburg. Briefe an Freunde. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1950.
- Rosa Luxemburg. Politische Schriften. Athenäum Verlag, Frankfurt a.M. 1987.
- Simone Weil. Unterdrückung und Freiheit. Verlag Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Frankfurt a.M. 1987.
- Ulrike Marie Meinhof. Bambule. Fürsorge – Sorge für wen? Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1987.
- Ulrike Marie Meinhof. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aufsätze und Polemiken. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1986.

Hans Schäppi

Der Angriff der neoliberalen Ordnungspolitik

Bemerkungen zu neuen Programmschriften für die schweizerische Wirtschaftspolitik von Leutwiler, Schmidheiny, Borner et al.

Der weltweite Kriseneinbruch in der Mitte der siebziger Jahre bildet den Auftakt zur Krise des "Fordismus", eines Modells der Politik und der Wirtschaft in den westlichen Industrieländern, welches nicht nur Vollbeschäftigung, sondern auch die Ausweitung des Sozialstaates und der liberalen und sozialen Demokratie zum Inhalt hatte. Mit dem Beginn einer Massenarbeitslosigkeit geriet der Wohlfahrtsstaat in einzelnen Ländern rasch in die Krise. Begleitet war dieser Umbruch in kapitalistischen Zentren von einer katastrophalen Entwicklung in der Dritten Welt, welche mit den Stichworten wachsende Aussenverschuldung, Desindustrialisierung, Verarmung und Verelendung angedeutet werden kann. Ebenso erfasste die strukturelle Krise der Weltwirtschaft in ihrer Weise auch die sogenannten realsozialistischen Länder mit den bekannten politischen Auswirkungen am Ende der achtziger Jahre und ihren ökonomischen und sozialen Folgen.

In der Schweiz blieben – entgegen den Erwartungen – sowohl während der Krise der siebziger Jahre als auch während den achtziger Jahren die vertraglichen Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, die sog. "Sozialpartnerschaft", sowie die politische Konkordanz erstaunlich stabil; dies im Gegensatz vor allem zu den angelsächsischen Ländern. Im Gegenteil konnten die Vertrags- und Arbeitsbeziehungen in den siebziger Jahren sogar ausgebaut und institutionalisiert werden, während für die achtziger Jahre von einer Phase des politischen und sozialen Patts gesprochen werden kann. Seit einiger Zeit haben sich nun allerdings die Anzeichen

vermehrt, dass diese Stabilität in den neunziger Jahren zu Ende gehen und sich sowohl das politische Konsensmodell als auch die industriellen Vertragsbeziehungen verändern könnten. Seit kurzem erfahren wir nicht nur Angriffe von Unternehmerseite auf Gesamtarbeitsverträge (Textilbereich, Druckindustrie, Uhrenindustrie, Swissair), es wird auch die politische Konkordanz zunehmend in Frage gestellt. In diesen Zusammenhang gehören auch die marktradikalen, neoliberalen Konzepte und Programmschriften, von denen hier hauptsächlich zwei diskutiert werden. Es handelt sich dabei um das "Ordnungspolitische Programm", welches von verschiedenen Wirtschaftsführern unter der Leitung von Fritz Leutwiler und Stephan Schmidheiny herausgegeben worden ist. Ihm liegt eine "Studie" zugrunde, welche ein Dozent der Handelshochschule St. Gallen, Peter Moser, im Auftrag der Schmidheiny-Stiftung verfasst hat. Und zweitens um das neueste Opus des Basler Ökonomen Silvio Borner und anderen über die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft, welches ebenfalls ein neoliberales wirtschaftliches und politisches Sanierungsprogramm für die Schweiz enthält (S. Literatur).

*

Im "Ordnungspolitischen Programm" von Leutwiler & Co. werden die schon aus Grossbritannien und den USA bekannten neoliberalen Ideen konsequent für die Schweiz durchexerziert. Bezeichnend ist, dass dieses Konzept nicht von Politikern, sondern von "Wirtschaftsführern" im Direktgang präsentiert wird. Denn schuld an den wirtschaftlichen Problemen der Schweiz sind nach der Meinung der Verfasser nicht Eigenarten unseres ökonomischen Systems, sondern die Politiker und der Staat bzw. der keynesianische Interventionsstaat, wie er sich seit 1945 auch in der Schweiz – wenn auch in bescheidenerem Ausmass als in anderen westeuropäischen Ländern – herausgebildet hat. Nach der Krise des Keynesianismus soll nun auch in der Schweiz der Markt wieder in seine Rechte eingesetzt werden. Während die keynesianische Wirtschaftspolitik durchaus im Sinne der Erhaltung der Marktwirtschaft – eine Stabilisierung der Märkte mit Hilfe politischer Interventionen – anstrebte, zielt das "Ordnungspolitische Programm" auf die Unterwerfung aller Regulierungen und Interventionen unter die Logik der Ökonomie. So enthält das Programm für die Schweiz alle Elemente, die für neoliberale Konzepte kennzeichnend sind.

In erster Linie soll der *Interventionsstaat* zurückgedrängt werden. Nachdem ein völlig verzerrtes Bild der Schweiz mit rasant ansteigender Staatsquote, einer Unzahl von einschränkenden Vorschriften und Auflagen, mit unzuverlässigen, weil auf den Volkswillen schielenden Politikern und Politikerinnen, mit einem nicht mehr streng an die Verfassung gebundenen Bundesrat und "regulierungsbesessenen" Verbänden und Gewerkschaften gezeichnet worden ist, werden Massnahmen vorab auf der Ebene des Verfassungsrechts vorgeschlagen, um staatliche Eingriffe in die Handels- und Gewerbefreiheit zu begrenzen. Mit einer Verfassungsgerichtsbarkeit sollen die

politischen Instanzen an die revidierte Verfassung gebunden werden. Wie dieses reaktionäre Vorhaben politisch in die Tat umgesetzt werden soll, darüber schweigt sich das Programm aus.

Des weiteren geht es den Autoren darum, *staatliche Regulierungen rückgängig zu machen*, d.h. es soll *dereguliert* werden. Es betrifft dies den Sozialbereich (AHV, Gesundheitswesen), wo anstelle des "Giesskannenprinzips" mehr "Selbstverantwortung" zu gelten hat. Dereguliert werden sollen aber auch der Wohnungsmarkt und das Bodenrecht (Stichwort: Marktmiete), der Umweltbereich und der Arbeitsmarkt, wo die Arbeitszeitregelungen flexibilisiert (Nachtarbeit, Sonntagsarbeit, Ladenöffnungszeiten) und die Ausländerpolitik liberalisiert werden sollen.

Angestrebt wird auch eine *Senkung der Staatsquote*. Dazu soll das qualifizierte Mehr für Ausgabenbeschlüsse des Parlaments und eine zeitliche Beschränkung für die Subventionsgesetze eingeführt und zudem der Grundsatz einer mittelfristig ausgeglichenen Staatsrechnung in der Verfassung verankert werden.

Wie alle Neoliberalen wollen Schmidheiny & Co. *die Unternehmens- und Einkommenssteuern zwecks Erhöhung der Leistungsmotivation und Sparquote senken*. In der Schweiz soll dazu insbesondere durch die Übertragung von Steuerkompetenzen vom Bund auf die Kantone die Steuersenkungskonkurrenz zwischen den Kantonen gefördert und erleichtert werden.

Und schliesslich wird vorgeschlagen, staatliche Monopole (Telekommunikation, Fernsehen/Radio, öffentlicher Verkehr) zu *privatisieren*. Erwähnenswert ist, dass erstmals in einem Programm von Wirtschaftsseite nicht nur beim Arbeitsmarkt, beim Sozialstaat und im Wohnungsbereich dereguliert werden soll, sondern auch in der Landwirtschaft und beim Gewerbe. Über Kartellisierungen und monopolistische Regelungen in den für die Schweiz zentralen Industrie- und Dienstleistungsbereichen wie etwa den Banken, Versicherungen, der Pharmaindustrie und dem Grosshandel (Autoimporteure), wird hingegen in diesem Programm bezeichnenderweise kein Wort verloren.

Eingeflochten sind ins "ordnungspolitische Programm" auch die bekannten neoliberalen Zielvorstellungen. Während staatliche Regulierung zu Wohlstandseinbussen, zur Beschneidung der persönlichen Freiheit und Selbstentfaltung, zu Bürokratie und Immobilismus führen, werden erst in einem System sich selbst regulierender Märkte die Werte der Freiheit, der echten sozialen Gerechtigkeit, des Wohlstands, der Leistung und neuestens auch noch des Umweltschutzes verwirklicht, selbst wenn die einzelnen Wirtschaftssubjekte nicht diese erhabenen Werte, sondern ihre egoistischen Interessen verfolgen.

*

Wenn wir uns allerdings die Folgen praktizierter neoliberaler Wirtschaftspolitik vor Augen führen, so sieht die Bilanz ziemlich anders aus. Zwar hat die Politik Reagans und Thatchers die amerikanische und britische Gesell-

schaftsstruktur in der Tat in vielem verändert, sie hat aber die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien dieser Länder kaum verbessert. Weder führte sie zu einer nennenswerten Erhöhung der Investitionsrate und der Arbeitsproduktivität, noch brachte sie wesentliche Resultate im Bereich der organisatorischen oder technologischen Modernisierung der Wirtschaft. Sicher stiessen die Möglichkeiten, die ökonomischen Probleme mit traditionellen keynesianischen Massnahmen zu lösen, vorab im Bereich der Inflationsbekämpfung, an Grenzen. Neoliberalen ist es aber ebensowenig gelungen, mit den von ihnen vorgeschlagenen Massnahmen die produktive Basis der Wirtschaft einzelner Länder zu erneuern und die anstehenden Probleme wie Inflation, wachsende Arbeitslosigkeit und Naturzerstörung in den Griff zu bekommen.

Unübersehbar sind hingegen die sozialen Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik: die Zunahme der als "natürlich" in Kauf genommenen Arbeitslosigkeit, der Einkommens- und Vermögensunterschiede und der sozialen Konflikte. Die anwachsenden Probleme und die Zerrüttung des sozialen Konsens zeigen deutlich, dass es sowohl im Sozial- wie übrigens auch im Umweltbereich zum Instrument staatlicher Interventionen und politischer Regulierungen keine Alternativen gibt. Auf internationaler Ebene hat die neoliberale Politik nicht nur zu einer Zunahme der Instabilität des Geld- und Kreditsystems geführt, sondern über die Hochzinspolitik auch zu einer massiven Verschärfung der Repression, Verarmung und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in der *Dritten Welt*. Zur Lösung der heute immer drängender werdenden Nord-Süd-Probleme bieten die Neoliberalen noch weniger Perspektiven an, als sie bisher zur Lösung der Probleme in den von ihnen regierten Industrieländern tun konnten. Ebenso wenig Anlass zu Hoffnungen haben leider die breiten Bevölkerungsschichten in den osteuropäischen Ländern. Zwar wird ihnen heute die Sirenenmelodie von den wohl-tätigen Auswirkungen des Marktes vorgespielt, was sich angesichts der jahrelangen bürokratischen und katastrophalen Misswirtschaft auch noch ganz gut anhört. Die absehbaren Folgen der neoliberalen Politik werden aber in diesen Ländern eher mit denjenigen in der Dritten Welt zu vergleichen sein, nämlich zunehmende Aussenverschuldung, Massenarbeitslosigkeit, Desindustrialisierung, Verarmung und soziales Elend.

Profitiert hat in Grossbritannien von der neoliberalen Politik Thatchers insbesondere das einflussreiche Finanzkapital. In den USA war es vorab der militärisch-industrielle Komplex, was auch erklärt, weshalb entgegen allen ideologischen Verlautbarungen während der Regierungszeit Reagans die Staatsverschuldung laufend angestiegen ist. Das Beispiel der USA zeigt auch klar, dass es den Neoliberalen mit der Parole "weniger Staat" um den Abbau des Sozialstaates und der Demokratie geht, sicher aber nicht um den Abbau des Staates als polizeiliches und militärisches Repressionsinstrument. Im Gegenteil, da durch die neoliberale Politik der soziale Konsens zerstört und weltweite Migrationsbewegungen in Gang gesetzt werden, müssen die Repressionsinstrumente zur Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation tendenziell ausgebaut werden.

Dass es sich bei den Verfassern des "ordnungspolitischen Programms" vorwiegend um Vertreter von multinationalen Konzernen und Banken handelt, ist keineswegs zufällig. Neoliberale Politik wird zwar im Namen der Freiheit, des Wohlstands und des Umweltschutzes legitimiert. Sie dient aber vor allem den Interessen der international operierenden Banken und Konzerne. Als Deregulierungs- und Marktideologie reflektiert sie den objektiven gesellschaftlichen Prozess, durch welchen heute die Interventions- und Regulierungsmöglichkeiten des Nationalstaates von zwei Seiten her unterspült und ausgehöhlt werden. Einerseits ist die Zentralisation und Konzentration des Kapitals so weit fortgeschritten, dass Regulierungen durch Multinationale Konzerne oder Banken ein zunehmendes Gewicht haben. Sie sind z.B. in der Lage, Preise, Löhne und die Arbeitsmarktverhältnisse zu strukturieren und eignen sich damit Regulierungsfunktionen an, die früher beim Nationalstaat oder auf der Ebene von Branchenorganisationen lagen. Andererseits gewinnen heute über den Nationalstaat hinausgreifende, supranationale Institutionen auf Kosten der Nationalstaaten an Gewicht, am deutlichsten im Europäischen Wirtschaftsraum im Rahmen der europäischen Gemeinschaft. Vor dem Hintergrund dieses Umstrukturierungsprozesses sind die ideologischen Funktionen der neoliberalen Konzepte, auch des "ordnungspolitischen Programms" zu verstehen. Auffallend ist ja, dass in diesem Programm zwar staatliche Regulierungen in der Landwirtschaft und im Kaminfegergewerbe problematisiert werden, die Regulierungs- und Kartellisierungsmöglichkeiten marktbeherrschender Konzerne aber völlig ausgeklammert werden. Insofern hat das Programm den Zweck, staatliche Interventionsformen zu kritisieren, um den Regulierungsansprüchen der marktbeherrschenden Banken und Konzerne zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Interessen werden dabei mit dem ideologischen Modell der sich selber regulierenden Märkte verschleiert. Tatsächlich sind heute die Märkte ja alles andere als frei und selbstregulierend, sondern gerade durch die multinationalen Konzerne in grossem Ausmass strukturiert und vermachtet. Der sich selbst regulierende Markt als Modell für die heutige Weltwirtschaft ist ein höchst abstraktes und wirklichkeitsfremdes Modell. Selbstregulierung des Marktes heisst heute in Wirklichkeit Regulierung des kapitalistischen Weltmarktes durch die multinationalen Konzerne. Absicht der neoliberalen Konzepte ist die Legitimation der Absorption nationalstaatlicher Regulierungsformen durch die Industrie- und Finanzkonzerne. Solche Regulierungs- und Investitionsformen der Konzerne können im Gegensatz zu staatlichen Interventionen, die mehr oder weniger demokratisch abgestützt sind, aber nicht positiv legitimiert werden. Zu deren Rechtfertigung eignet sich deshalb am besten immer noch die liberale Ideologie der sich selbstregulierenden Märkte, in der nicht nur Klassenverhältnisse, sondern auch die Existenz von Monopolen, marktbeherrschenden Konzernen und betrieblichen Herrschaftsverhältnissen ausgeblendet sind. Wenn die demokratische Legitimation zur Machtausübung fehlt, so lässt sich in einer Zeit der Markteuphorie ungehemmt das Märchen des sich selbst regulierenden Marktes aufspielen. Für das Zeitalter eines sich zunehmend abzeichnenden Neofeudalis-

mus von Finanz- und Industriekonzernen ist es bezeichnend, dass "Wirtschaftsführer" mehr und mehr zu ideologischen Leitfiguren werden. Die fehlende demokratische Legitimation versuchen sie sich über einen progressistisch gefärbten ökologischen und pseudodemokratischen Diskurs zu verschaffen.

Auch nach der Meinung von Borner & Co. sind wir heute in der Schweiz an einem Punkt angekommen, wo eine Neuorientierung in grossen Teilen der Politik und Wirtschaft im Sinne einer neoliberalen Wende notwendig ist. Die Schweiz verliert nach ihrer Meinung zusehends an Wettbewerbsvorteilen und die einst als positiv zu beurteilende "Stabilität degeneriert allmählich in eine unberechenbare Mischung von institutioneller Immobilität und ad-hoc Interventionismus." Das Kosten-Nutzenverhältnis des helvetischen Sonderfalls hat umgeschlagen, der Sonderfall wird zum Sanierungsfall. Die Therapie, welche sie der Schweiz verpassen wollen, ist derjenigen des "ordnungspolitischen Programms" recht ähnlich. Der Wettbewerb soll gestärkt und marktbehindernde Regulierungen sowie staatliche Interventionen beseitigt werden.

So zum Beispiel in der Bildungspolitik, wo eine weitgehende Privatisierung von Universitäten und Hochschulen ins Auge zu fassen ist. Ebenso in der Forschungspolitik, die marktnäher auszurichten ist, werden Nationalfondsprojekte heute in Konsens- und Kompromisgremien doch nur zerredet. Neben der Ausländerpolitik soll auch die Steuerpolitik völlig umstrukturiert werden. Wie die OECD hat aber auch Borner Zweifel, ob die Steuerpolitik wesentlich kapitalfreundlicher ausgestaltet werden kann, solange das Volk in diesen Belangen entscheidet. Ähnlich wie im "ordnungspolitischen Programm" sind sodann die Sozialpolitik, die Umweltpolitik und die Landwirtschaft marktwirtschaftlich zu gestalten. Ladenöffnungszeiten und Bauvorschriften sind zu flexibilisieren; Bahn, Post und Fernsehen nach Möglichkeit zu privatisieren und dem Wettbewerb auszusetzen. Ein grösseres Gewicht als Schmidheiny & Co. legt Borner auf die Abschaffung aller Formen von offenen und versteckten kartellistischen Absprachen und Regelungen auch im Bereich der Industrie, der Dienstleistungen und der Banken.

*

Wie den Wirtschaftsführern des "ordnungspolitischen Programms", so ist auch für Borner die schweizerische Politik suspekt. Während Markt und Wettbewerb zu Wohlstand führen und dem allgemeinen Interesse dienen, besteht bei Politikern und Politikerinnen die Gefahr, dass sie partikulare Gruppeninteressen vertreten, dass sie egoistische Motive haben, oder dass sie schlicht unfähig sind, das zu erkennen, was uns alle in Freiheit und Glückseligkeit führen wird. Insbesondere in der Schweiz mit ihrer direkten Demokratie, wo Politik in einem Konsens- und Kompromisverfahren ausgehandelt werden muss, besteht die ständige Gefahr, dass dem freien Markt etwas aufgezwungen wird, sei es dadurch, dass sich gut organisierte Partikularinteressen durchsetzen oder sei es durch den "Terror der Mehrheit".

Borner kommt so zum Schluss, dass in der Schweiz auch das Gefüge des politischen Systems und der Staatsverfassung verändert werden muss. Wie bei den Verfassern des "ordnungspolitischen Programms" sollen die neoliberalen Prinzipien direkt in der Bundesverfassung verankert werden (verschärfte Wettbewerbspolitik, liberale Ausländerpolitik, marktkonforme Umweltpolitik etc.). Die revidierte Bundesverfassung muss danach aufgewertet werden, indem Änderungen nur noch mit qualifiziertem Mehr (Zweidrittels- oder Dreiviertelsmehrheit) möglich sind. Die Verfassungsinitiative muss abgeschafft und die Verfassungsgerichtsbarkeit eingeführt werden. Indem dringliche Bundesbeschlüsse eng limitiert werden, würden Volk, Parlament und Bundesrat eng an die nach neoliberalen Prinzipien revidierte Verfassung gebunden.

Während Schmidheiny & Co. eher beim Bundesrat Schwachstellen sehen, misstraut Borner den demokratischen Volksvertretern. Er spricht so klarer aus, dass eine Durchsetzung neoliberaler Zielsetzungen nicht möglich ist ohne eine tiefgreifende Veränderung des heutigen Systems der direkten Demokratie und der Konkordanz. Klarer zeigen sich so bei Borner nicht nur die unsozialen, sondern auch die bekannten antidemokratischen und autoritären Züge neoliberaler Politikkonzepte. Nicht Thatcher und Reagan, sondern Pinochet in Chile hat als erster 1973 den Neoliberalismus in die Tat umgesetzt. Und auch in Zukunft ist ja nicht auszuschliessen, dass bei zerfallendem Konsens in einer Zweidrittelsgesellschaft und bei der wachsenden Verelendung in der Dritten Welt und in Osteuropa Kapitalinteressen auch ohne Demokratie und mit Gewalt durchgesetzt werden.

*

Da der mit unseren Steuergeldern subventionierte Basler Professor Borner nicht allen die gleiche Klarsicht zutraut wie sich selber, weiss er, dass in der Schweiz das Volk die direkte Demokratie nicht selber beseitigen wird. Er hofft so auf Druck von aussen. "Da interne Reformen wegen der beschriebenen Schwierigkeiten oft problematisch sind, bleibt nur noch der Druck von aussen. Und in diesem Lichte betrachtet, sind nun die Entwicklungen in Europa mit der allgemeinen Liberalisierung im Binnenmarkt eine echte und grosse Chance – um nicht zu sagen ein Glücksfall." Und dies, ob die Schweiz den Alleingang, den EWR oder den EG-Beitritt wählt.

Während sich Borner von der EG-Integration der Schweiz einiges für seine Projekte erhofft, so ist im "ordnungspolitischen Programm" kein einziger Satz zum zukünftigen Verhältnis der Schweiz zur EG zu finden. Den Hintergrund bildet wohl die Tatsache, dass die Vertreter der international tätigen Schweizer Banken und Industriekonzerne in der Frage eines EG-Beitritts gespalten sind. Zwar sind in der EG Regulierungen im sozialen und ökologischen Bereich noch wenig fortgeschritten, und die multinationalen Konzerne besitzen in Brüssel einen eher stärkeren Einfluss als auf der Ebene der Nationalstaaten, wo die Politik stärker demokratisch abgestützt werden muss. Dennoch sind hier Institutionen im Entstehen, welche grundsätzlich

wirksame politische Interventionen im Bereich der Sozialpolitik, der Währungs- und Finanzpolitik und der Umweltpolitik ermöglichen. Sicher ist in diesem Zusammenhang der explizite und implizite Zweck der Publikation Schmidheiny wie Borner zu sehen, mit Ihren neoliberalen Stossrichtungen dagegen zu wirken, dass sowohl in der Schweiz wie auch in der europäischen Gemeinschaft soziale und interventionistische Regulierungen ausgebaut werden.

In der NZZ wurde eine kurze Kontroverse zwischen Borner und Moser bezüglich der EG-Frage abgedruckt. Borner schätzt dabei die wirtschaftlichen Kosten eines Alleingangs höher ein als Moser, der Verfasser der "Studie" der Schmidheiny-Stiftung, der den Standpunkt des "offiziellen" Hauser-Gutachtens vertritt. Zudem erhofft sich Borner von einer Integration der Schweiz in die EG Deregulierungen und Liberalisierungen, während Moser betont, dass von seiten der EG eher zusätzliche Regulierungen als eine Deregulierung zu erwarten sei. Die notwendige Bereinigung der Wirtschaftspolitik sei im Alleingang mindestens so gut zu bewältigen. In der Einschätzung der Bedeutung der EG für ihre neoliberalen Projekte sind sich unsere zwei "Experten" nicht einig. Dabei ist wohl eher dem St.Galler Dozenten Moser und dem Gutachter des Bundesrates, Hauser, recht zu geben. Es scheint mir, dass diese die Frage der Auswirkungen der EG-Integration nüchterner und sachlicher angehen als Borner. Dessen Vorstellung, dass die EG, wie ein "Deus ex machina" durch Druck von aussen die Schweiz im neoliberalen Sinn umgestaltet wird, dürfte eher eine Bornersche Illusion als eine begründete Annahme zu sein.

Literatur

- Fritz Leutwiler, Stefan Schmidheiny et al.: Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb. Ein ordnungspolitisches Programm. Orell Füssli, Zürich/Wiesbaden 1991.
- Peter Moser: Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb. Eine ordnungspolitische Analyse. Orell Füssli, Zürich/Wiesbaden 1991.
- Silvio Borner/Michael E. Porter/Rolf Weder/Michael Enright: Internationale Wettbewerbsvorteile. Ein strategisches Konzept für die Schweiz. Campus Frankfurt 1991.
- NZZ (Hg.): Wo Regeln bremsen ... Deregulierung und Privatisierung im Vormarsch. Zürich 1990.
- Heinz Hauser: EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang. Wirtschaftliche Konsequenzen für die Schweiz. Kurzfassung des Gutachtens zuhanden des Bundesrates. Hg. Bundesamt für Konjunkturfragen. Bern 1991.
- S. Borner/A. Brunetti/T. Straubhaar: Alleingang gut – alles gut? In: NZZ v. 24.9.91.